

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Klimaschutz und Energie (25. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/5584 –**

Die Ankündigungen zu den Härtefallhilfen gegen die hohen Energiepreise sofort und vollständig umsetzen

A. Problem

Aufforderung an die Bundesregierung, die angekündigten Gelder für die Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen vollständig zur Verfügung zu stellen und leitungsungebundene Energieträger wie Pellets, Öl und Flüssiggas in den Anwendungsbereich einzubeziehen, schnellstmöglich die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung von Härtefallhilfen an private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen zu schaffen sowie sicherzustellen, dass auch andere Energiehilfen u. a. an Studentinnen und Studenten, Kultureinrichtungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und soziale Einrichtungen zügig und wie beschlossen zur Verfügung gestellt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/5584 abzulehnen.

Berlin, den 29. März 2023

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Klaus Ernst
Vorsitzender

Dr. Ingrid Nestle
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Ingrid Nestle

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 20/5584** wurde in der 86. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. Februar 2023 an den Ausschuss für Klimaschutz und Energie zur federführenden Beratung sowie an den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Verkehrsausschuss, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, den Ausschuss für Tourismus, den Ausschuss für Kultur und Medien und den Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen zur Mitberatung überwiesen.

In der 87. Sitzung des Deutschen Bundestages am 1. März 2023 wurde der Antrag auf Drucksache 20/5584 zusätzlich an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die den Antrag stellende Fraktion der CDU/CSU schickt voraus, dass gut zehn Millionen Haushalte in Deutschland mit Öl, Pellets und anderen leitungsungebundenen Energieträgern heizen. Auch viele Betriebe seien auf Öl, Pellets oder Flüssiggas als Produktions- und Heizmittel angewiesen. Infolge der Energiekrise hätten sich die Preise für alle Energierohstoffe erhöht. Auch Kunden von leitungsungebundenen Energieträgern müssten teilweise ein Vielfaches der Vorjahrespreise zahlen. Am 8. Dezember 2022 habe der Bundeskanzler öffentlich zugesichert, nunmehr aus dem Wirtschaftsstabilisierungsfonds (WSF) auch Mittel für eine Härtefallregelung für kleine und mittlere Unternehmen (KMU) zur Verfügung zu stellen, die Öl und Pellets nutzen. Am 25. Januar 2023 hätten die Koalitionsfraktionen im Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages aber die vollständige Freigabe der im WSF vorgesehenen Mittel für die Härtefallregelungen sowohl für KMU als auch für Kultureinrichtungen verweigert.

Im Entschließungsantrag zur Gas- und Strompreisbremse hätten die Ampelfraktionen die Bundesregierung Mitte Dezember 2022 aufgefordert, mit den Ländern eine Verwaltungsvereinbarung zur konkreten Ausgestaltung des Härtefallfonds für Privathaushalte, die mit Öl, Pellets oder Flüssiggas heizen, abzuschließen. Die vom Bundestag geforderte Verwaltungsvereinbarung habe die Bundesregierung noch nicht vorgelegt. Die Länder seien hier auf die Initiative des Bundes angewiesen. Damit hätten der Bundeskanzler und die Bundesregierung, wie auch die Ampelkoalition viel Vertrauen zerstört, anstatt den für private Haushalte und Betriebe untragbaren Schwebezustand und die damit einhergehende Unsicherheit durch konstruktive Entscheidungen zu beenden.

Aus den genannten Gründen fordert die Fraktion der CDU/CSU die Bundesregierung auf, die angekündigten Gelder für die Härtefallhilfen für kleine und mittlere Unternehmen vollständig zur Verfügung zu stellen und leitungsungebundene Energieträger wie Pellets, Öl und Flüssiggas in den Anwendungsbereich einzubeziehen, schnellstmöglich die Voraussetzungen für eine zeitnahe und unbürokratische Auszahlung von Härtefallhilfen an private Nutzer von Öl-, Pellet- oder Flüssiggasheizungen zu schaffen sowie sicherzustellen, dass auch andere Energiehilfen u. a. an Studentinnen und Studenten, Kultureinrichtungen, Bildungs- und Forschungseinrichtungen, Krankenhäuser, Pflegeeinrichtungen und soziale Einrichtungen zügig und wie beschlossen zur Verfügung gestellt werden.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 43. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 43. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 36. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 31. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 38. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 32. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Gesundheit** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 55. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Verkehrsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 33. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 34. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 39. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 31. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 28. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 33. Sitzung am 1. März 2023 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und AfD dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Klimaschutz und Energie hat den Antrag auf Drucksache 20/5584 in seiner 58. Sitzung am 29. März 2023 abschließend beraten.

Die **Fraktion der SPD** lehnte den Antrag ab. Die Härtefallfonds und die Hilfen für private Haushalte und KMUs seien auf den Weg gebracht und könnten von den Ländern nun umgesetzt werden.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, es sei bezeichnend, dass die Hilfen für Heizöl, Pellets etc. noch nicht vollständig umgesetzt seien. Lange Zeit sei nicht einmal klar gewesen, welches Bundesministerium für die Verwaltungsvereinbarung zuständig sei. Diese defizitäre Umsetzung sei peinlich.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** betonte, dass nur in Härtefällen geholfen werden sollte und keine allgemeine Wirtschaftsförderung stattfinde, da man mit dem Geld der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler verantwortungsbewusst umgehe. Die Härtefallhilfen für Unternehmen könnten bereits in einigen Ländern beantragt werden. Die Umsetzung für private Haushalte könne jetzt zügig angegangen werden.

Die **Fraktion der AfD** führte aus, dass staatliche Härtefallhilfen manches Drama auffangen könne, wenn sie denn fließen würden. Es dürfe aber nicht vergessen werden, dass diese Regierung, die das Geld der Steuerzahler großzügig verteile, die Not zum größten Teil selbst hervorgerufen habe.

Die **Fraktion der FDP** begrüßte die Verwaltungsvereinbarung zwischen Bund und Ländern, durch die private Haushalte und Unternehmen unterstützt würden.

Die **Fraktion DIE LINKE**. kritisierte, dass die Vorschläge der Koalition zu kompliziert und nicht umsetzungsfähig seien. Die Härtefallfonds seien im Dezember 2022 verabschiedet worden und würden vielleicht im April kommen. Dies sei viel zu spät. Außerdem seien die Hilfen sozial ungerecht ausgestaltet.

Der **Ausschuss für Klimaschutz und Energie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, AfD und DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 20/5584 zu empfehlen.

Berlin, den 29. März 2023

Dr. Ingrid Nestle
Berichterstatteerin

